

Bericht über das fünfte Treffen der AG „Index für Partizipation“ am 22. Mai 2019 im
Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung in Berlin

Carsten Wiegel

An dem Treffen nahmen Herr Stefan Göhring (Mensch zuerst), Herr Carsten Wiegel [Delegierter des Beirates der Menschen mit Behinderung oder Psychischer Erkrankung im BeB e. V. (MmB im BeB e. V.)], Frau Judith Engel [Evangelische Gesellschaft Stuttgart (eva Stuttgart – Möhringen)], Frau Stefanie Hugo (Bodelschwingh – Haus Wolmirstedt), Frau Maren Weiner [In der Gemeinde leben (IGL) Düsseldorf], Frau Anna Gerwinat (Landkreis Saalekreis), Herr Prof. Dr. Albrecht Rohrmann (Universität Siegen), Frau Prof. Dr. Karin Terforth (Pädagogische Hochschule Heidelberg), Frau Elke Ronneberger [Bundesverband evangelische Behindertenhilfe eingetragener Verein (BeB e. V.)], Herr Jörg Markowski (BeB e.V.), Frau Dr. Tina Denninger [Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW)] und Frau Dr. Karin Grüber (IMEW) teil. Frau Elisabeth Hermanns (IGL), Herr Rolf Winkelmann [Beirat der Angehörigen und gesetzlichen Betreuer im BeB e. V. (BAB im BeB e. V.)] und Frau Ackermann (IMEW) waren entschuldigt.

Als erstes begrüßte Frau Elke Ronneberger die Anwesenden und verlas das Gedicht „Ein bisschen große Freude“ von Peter Rosecker.

Danach stellten sich die MitarbeiterInnen der AG vor. Für Herrn Christoph Richter, der die Arbeitsstelle gewechselt hatte, arbeitet jetzt Frau Anna Gerwinat, die Behindertenbeauftragte des Landkreises Saalekreis, in der AG mit. Statt Herrn Andreas Diederichs, der einen anderen Aufgabenkreis übernommen hatte, ist jetzt Frau Maren Weiner von „In der Gemeinde leben (IGL)“ in der AG tätig.

Anschließend berichtete Frau Stefanie Hugo aus dem Bodelschwingh – Haus in Wolmirstedt, dass man im November eine neue AG gegründet habe. Zusammen mit dem Teilhabemanagement des Landkreises Bördekreis habe eine gemeinsame Aktion an dem „Tag der Menschen mit Behinderung“ stattgefunden. Als man eine Einladung zur Mitarbeit an einem Aktionsplan eingeladen habe, habe man die sieben Rheinsberger Forderungen des BeB e. V. eingebracht. In der AG „Jahresfest“ würden jetzt auch Menschen mit Behinderung mitarbeiten; ebenso bei der Testung. Die AG „Mitbestimmung“ den Themenkomplex „Rechte von Menschen mit Behinderung“ getestet.

Frau Judith Engel berichtete aus der eva Stuttgart - Möhringen, dass die Herren David de Schirin und Steffen Riedel nicht mehr in der Arbeitsgruppe „Hier bestimme ich mit“ mitarbeiten würden, da sie die Einrichtung verlassen hätten. Die Testung sei noch nicht beendet. Im Februar habe man drei inklusive Kleingruppen für die Testung gegründet. Man habe den Themenkomplex „Gestaltung von Sitzungen“ getestet. Im Mai hätten die Kleingruppen ihre Ergebnisse vorgestellt. Deshalb solle jetzt ein Workshop zum Thema „Trau Dich“ stattfinden. Darüber hinaus habe es eine

Gruppe zur Kommunal- und Europawahl gegeben. Bei einem Gespräch, zu dem die SPD eingeladen gehabt hätte, hätten die KlientInnen den Index vorgestellt.

Frau Maren Weiner berichtete aus der IGL Düsseldorf, dass man aktuell das Thema „Internationales Netz“ testen würde. Zu dem Thema „Mitbestimmung beim Neueinzug“ habe man einen Standard erarbeitet. Die KlientInnen seien sich durch die Testung ihrer Rechte bewusster geworden. Einen Standard zum „Personalauswahlverfahren“ habe man verabschiedet. Vor zwei Monaten habe das Parti – Team den Thementag vorbereitet. Frau Maren Weiner lass das vor, was Frau Elisabeth Hermanns zu den letzten drei Treffen der AG „Hier bestimme ich mit“ eigentlich habe vortragen wollen.

Frau Anna Gerwinat berichtet aus dem Landkreis Saalekreis, dass seit November das örtliche Teilhabemanagement an der Testung teilnähme. In der Testung habe man die Demographie- sowie die Psychiatrie- und Suchtkoordinatorinnen einbezogen. Mit der AG „Inklusives Engagement“ habe man drei Fragenkomplexe getestet. Dieses habe zu Veränderungen geführt. Sie empfahl eine übersichtliche und leicht handhabbare Anleitung für Kommunen zu erstellen. Bei dem Index müsse man berücksichtigen, dass die Kommunen auf einem sehr unterschiedlichen Stand seien. In manchen Kommunen gäbe es einen Beirat für Menschen mit Behinderung in anderen wiederum nicht.

Herr Carsten Wiegel berichtete, dass der Bewohnerbeirat in dem Fachbereich Sozialpsychiatrie des Diakoniewerks Duisburg GmbH Otto – Vetter – Haus den Index leider nicht getestet habe, da auf der einzigen Sitzung, die seit November stattgefunden hätten, da anderen Bewohnerbeiräte nicht genügend vorbereitet gewesen seien, die anderen Sitzungen krankheitsbedingt ausgefallen seien und der Bewohnerbeirat sich mittlerweile aufgelöst habe, da er zu wenige Mitglieder habe.

Frau Dr. Tina Denninger zeigte eine Power – Point – Präsentation zum aktuellen stand der Testung. Zunächst benannte sie die neun testenden Institutionen und bedankte sich bei ihnen. Dann berichtete sie, was die Institutionen getestet hätten. Hierauf zeigte sie zwei Beispiele für die eingegangenen Rückmeldungen. An allgemeinen Rückmeldungen sei u. a. eingegangen, dass der Index sehr hilfreich sei. Daher habe sich schon etwas bewegt. Negativ sei vor allem, dass besonders den MitarbeiterInnen der Einrichtungen die Zeit fehle, sich so intensiv mit dem Index zu befassen, wie es nötig sei. Zum ersten Teil seien z. B. als Rückmeldung eingegangen, dass man sich bei der ausführlichen Einleitung herausuchen könne, was man gebrauchen würde. Die testenden Einrichtungen hätten u. a. bemängelt, dass in dem ersten Teil einige Kapitel zu voraussetzungsvoll seien. An dem Teil der Fragesammlung hätten die testenden Einrichtungen u. a. als positiv empfunden, dass dieser Teil aus Fragen bestände, da diese zum nachdenken anregen würden. Nicht so gut hätten die testenden Einrichtungen gefunden, dass der Index zu dick sei. Er solle provokanter sein. Dann zeigte Frau Dr. Tina Denninger vier eingescannte Rückmeldebögen. Jetzt erklärte sie, was man schon geändert habe bzw. was man noch ändern wolle. Dieses seien u. a. der Titel, dass es eine Fassung in dem internationalen Netz geben

solle, dass die Übersichtlichkeit und die Handhabbarkeit für die Kommunen verbessert werden solle, dass man weniger Fremdworte verwenden wolle und dass man noch ergänzende Arbeitsmaterialien erstellen wolle. Von den testenden Institutionen wünschte sie sich, dass auch gut Beispiele eingereicht würden. Danach berichtete Frau Dr. Tina Denninger, dass neben der gedruckten auch eine Fassung in dem internationalen Netz erstellt werden solle. Für die gedruckte Fassung in Leichter Sprache kamen u. a. folgende Vorschläge: verschiedene Hefte zu den einzelnen Themen, Karten mit den Fragen und eine Kurzversion. Ab Januar 2020 erarbeiten zwei AGs zusätzliche Arbeitsmaterialien. Für die Kommunen werde es keinen eigenen Index geben.

Die MitarbeiterInnen der AG besprachen dann noch den Titel der Fassung in Leichter Sprache. Der bisherige Titel ist zu schwer. Der Begriff Partizipation soll erhalten bleiben. Man einigte sich auf den Titel „Mitbestimmen!“, da dieser zeige, dass alle einbezogen seien und dass man gemeinsam bestimmen würde. Die MitarbeiterInnen der AG konnten sich nicht darüber einigen, was aus dem Logo werden solle.

Ein weiterer Vorschlag zu dem Index war, dass man statt von guten von (Praxis)beispielen sprechen solle. Außer den testenden Institutionen will Frau Dr. Katrin Grüber noch die Einrichtungen um Beispiele bitten, die an der Aktionsplanprojekt teilgenommen hatten.

Die Mitarbeiterinnen der AG genehmigten das von Frau Dr. Katrin Grüber vorgeschlagene Programm für die Tagung am 05. Dezember 2019. Aus den Praxiseinrichtungen sollen Tandemgruppen aus je einem Experten in eigener Sache und einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin kommen.

Frau Dr. Katrin Grüber stellte das Konzept für die drei Schulungen mittels einer Power – Point – Präsentation vor. Dazu kamen u. a. folgende Ideen: Man solle die Aufgaben der Zielgruppe schärfen. Man solle nicht von MultiplikatorInnen sondern von AnwenderInnen sprechen. Man solle auch Kompetenz bei der Moderation vermitteln. Es solle nur gemeinsame Schulungen für Kommunen und Einrichtungen geben. Aus jeder Praxiseinrichtung solle je eine Tandemgruppe für je eine Schulung kommen. Die Schulungen solle man regional verteilt anbieten. Man solle überlegen ob man nicht eine Schulung für eine Gruppe über drei Termine machen wolle.